

NACHRICHTEN

Bosnien: Polizeigesetz in Kraft

SARAJEVO: Der UNO-Bosnien-Beauftragte Wolfgang Petritsch hat gegen den Willen des Parlaments in Sarajevo ein Gesetz zur Bildung einer gemeinsamen bosnischen Grenzpolizei in Kraft gesetzt. Er habe sich zu dem Schritt entschlossen, weil es dem Abgeordnetenhaus bisher nicht gelungen sei, das Gesetz zu verabschieden, erklärte Petritsch am Donnerstag. Die drei Vertreter von Moslems, Kroaten und Serben im kollektiven bosnischen Staatspräsidium hatten sich im November vergangenen Jahres auf die Bildung einer gemeinsamen Grenzpolizei aus serbischen und kroatisch-moslemischen Einheiten geeinigt. Das entsprechende Gesetz sollte eigentlich schon Ende vergangenen Jahres in Kraft treten, war aber im Parlament zweimal von den serbischen Abgeordneten abgelehnt worden. Petritsch verurteilte in seiner Erklärung die «Unfähigkeit und den mangelnden Willen» der Serben, «die Interessen der ehrlichen Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina zu respektieren».

UNO: Hilfsprogramme im Kosovo reduziert

PRISTINA: Die Hilfsorganisationen der UNO schränken ihre Nothilfeprogramme im Kosovo ein. Der Sonderbeauftragte des UNO-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR, Dennis McNamara, kündigte in der Provinzhauptstadt Pristina Einschnitte und eine andere Art der Hilfe an. «Viele der Hilfsorganisationen konzentrieren sich nun auf den Wechsel von der Nothilfe hin zu langfristigem Wiederaufbau und Entwicklung», sagte er. Die UNHCR-Mittel für das Jahr 2000 seien um ein Viertel geringer als im abgelaufenen Jahr. Das UNO-Welternährungsprogramm WFP werde sein Programm um die Hälfte kürzen. Zugleich solle die Aktivität des UNHCR in Serbien und Montenegro verstärkt werden. Die Organisationen hatten in der Vergangenheit mehrfach auf die verzweifelte Lage vieler Flüchtlinge dort hingewiesen.

Südafrikanischer Exminister gestorben

JOHANNESBURG: Der frühere südafrikanische Aussenminister Alfred Nzo ist im Alter von 74 Jahren gestorben. Wie ein Sprecher der Regierungspartei Afrikanischer Nationalkongress mitteilte, erlag Nzo in einem Johannesburgerspital den Folgen eines Schlaganfalls. Nzo war seit 1950 ANC-Mitglied, gehörte aber nie zu den führenden Kadern der Organisation. Dennoch holte ihn Präsident Nelson Mandela 1994 in sein Kabinett. Die wichtigen aussenpolitischen Entscheidungen trafen aber Mandela selbst sowie sein damaliger Stellvertreter Thabo Mbeki.

Neues Kommando der US-Luftwaffe in Europa

RAMSTEIN: Der US-Vier-Sterne-General Gregory S. Martin ist neuer Oberkommandierender der US-Luftwaffe in Europa sowie der NATO-Luftstreitkräfte Europa-Mitte. Mit einer feierlichen Zeremonie auf dem US-Flughafen im westdeutschen Ramstein wurde der aus Virginia stammende 51 Jahre alte General am Donnerstag in sein neues Amt eingeführt. Er tritt die Nachfolge von John P. Jumper an, der in Virginia/USA Kommandant über alle US-Kampffliegergeschwader wird. Martin hat als Pilot schon mehr als 3200 Flugstunden absolviert und ist im Vietnam-Krieg mehr als 161 Kampfeinsätze geflogen. Zuletzt war er Vizechef des Materialbeschaffungsamtes der US-Luftstreitkräfte im Pentagon.

Protest in Peking wegen Deportation

GENÈVE: Das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) hat bei der chinesischen Regierung gegen die Ausschaffung von sieben Nordkoreanern protestiert. Das UNHCR hatte die Personen, darunter ein 13jähriger Junge, im Dezember als Flüchtlinge anerkannt. Die sieben Personen waren im Dezember letzten Jahres über China nach Russland gelangt. Trotz der Intervention des UNHCR seien die Flüchtlinge am 30. Dezember von Russland nach China deportiert worden, teilte das UNHCR am Donnerstag in Genf mit. Das UNHCR hatte anschliessend die chinesischen Behörden aufgefordert, die Flüchtlinge nicht auszuschaffen. Am Dienstag dieser Woche sei dies aber trotzdem geschehen, teilte das UNHCR mit. Die sieben Personen riskieren in Nordkorea laut UNHCR schwere Repressalien.

Warnung vor Neuwahlen

Österreichs Präsident Thomas Klestil möchte positiven Abschluss der Koalitionsverhandlungen

WIEN: Der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil hat nach Monaten ergebnisloser Regierungsverhandlungen vor Neuwahlen in Österreich gewarnt.

Er rufe die Sozialdemokraten (SPÖ) und die konservative Volkspartei (ÖVP) auf, die Koalitionsverhandlungen so schnell wie möglich zu einem positiven Abschluss zu bringen, erklärte Klestil am Donnerstag. «Keine der beiden Parteien kann Interesse daran haben, die Gespräche scheitern zu lassen und damit die Gefahr vorzeitiger Neuwahlen heraufzubeschwören», sagte er.

Meinungsforschern zufolge müssten SPÖ und ÖVP bei Neuwahlen mit schweren Verlusten rechnen, während die Freiheitliche Partei (FPÖ) gute Chancen hätte, zur stärksten Partei des Landes zu werden.

Die FPÖ sei mit 31 Prozent der Stimmen in der Wählergunst in Führung gegangen, lautete das Ergebnis einer am Donnerstag in der Wochenillustrierten «News» veröffentlichten Umfrage des Gallup-Instituts. Die SPÖ käme auf 30 und die ÖVP auf 23 Prozent der Stimmen. Klestil bezog sich in seiner Äusserung nicht ausdrücklich auf Umfragedaten. Mehr als hundert Tage



Meinungsforschern zufolge müssten SPÖ und ÖVP bei Neuwahlen mit schweren Verlusten rechnen, während die FPÖ mit Spitzenkandidat Jörg Haider (Bild) gute Chancen hätte, zur stärksten Partei des Landes zu werden.

nach der Parlamentswahl am 3. Oktober ist die Regierungsbildung noch immer nicht abgeschlossen. Zur Zeit verhandeln SPÖ und ÖVP über ein neues Bündnis.

Es hinterlasse in der Bevölkerung und auch beim Bundespräsidenten

einen äusserst negativen Eindruck, wenn sich die Gespräche von zwei Parteien, die seit 13 Jahren in einer Koalition zusammenarbeiten, in gegenseitigen Schuldzuweisungen erschöpften, hiess es in Klestils Erklärung. Bis auf das Jahr 1962/63, in

dem die Österreicher nach der Parlamentswahl 129 Tage auf die Einsetzung der neuen Regierung warten mussten, ist in der Geschichte des Landes noch nie so viel Zeit zwischen Wahltag und Regierungsantritt vergangen.

Heimreise Pinochets soll verhindert werden

Wahlkampf in Chile von Vergangenheit eingeholt

SANTIAGO DE CHILE: Die mögliche Heimreise des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet als freier Mann hat Menschenrechtsgruppen aus aller Welt auf den Plan gerufen.

Mehrere Organisationen kamen am Donnerstag in London zusammen, um eine triumphale Rückkehr des 84-Jährigen aus Grossbritannien zu verhindern. In Spanien leitete der mit dem Fall betraute Untersuchungsrichter Baltasar Garzon eine juristische Gegenoffensive ein, um doch noch Pinochets Auslieferung zu erreichen.

Mit der Ankündigung der britischen Regierung, Pinochet aus Gesundheitsgründen möglicherweise nicht länger in Grossbritannien festzuhalten und auch nicht an Spanien

auszuliefern, wurde der Wahlkampf in Chile kurz vor den Präsidentenwahlen am Sonntag von der Vergangenheit eingeholt.

Straw verteidigt Geheimhaltung

Der britische Innenminister Jack Straw wies Forderungen nach Einsicht in das medizinische Gutachten zum Gesundheitszustand des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet am Donnerstag zurück. Nach dem Auslieferungsgesetz dürften die Unterlagen niemandem zugänglich gemacht werden ausser den britischen Ermittlungsbehörden oder ihm selbst, sagte Straw am Donnerstag im BBC-Radio.

Ohne die medizinischen Befunde genau zu kennen, ist es den Klägern

nahezu unmöglich, vor Gericht doch noch die Freilassung des verhandlungsunfähigen Pinochets zu verhindern.

Der Sprecher einer Menschenrechtsorganisation für Folteropfer (Medical Foundation for the care of victims of torture), Sherman Carol, sagte in London, es solle nun geprüft werden, ob sich der britische Innenminister Jack Straw ohne weiteres auf ein vertrauliches ärztliches Gutachten berufen könne, um Pinochets Freilassung zu begründen.

Ein Berufungsantrag würde die mögliche Entlassung des Ex-Diktators in der kommenden Woche vorläufig stoppen. Führende britische Juristen stuften die Chancen der Pinochet-Gegner allerdings als gering ein. Der Rechtsprofessor Michael Zanders sagte, Straw habe das

Recht, sich bei seiner Entscheidung auf ein vertrauliches medizinisches Gutachten zu berufen.

Amnesty spricht von Justizposse

Amnesty international rief den Innenminister auf, auch anderen Staaten eine Untersuchung von Pinochet zu ermöglichen, die dessen Auslieferung beantragt hätten. Straws Ankündigung sei eine «Justizposse», erklärte die Organisation.

Die US-Organisation Human Rights Watch (HRW) in New York erklärte indes, unabhängig vom Ausgang der Affäre sei der Fall Pinochet schon jetzt ein Erfolg für die Menschenrechte. Zwar sei die Entscheidung der Ärzte «eine Enttäuschung für Tausende von Opfern des Pinochet-Regimes».

Erbitterte Kämpfe um Grosny

Erbitterter Widerstand der Rebellen

MOSKAU: In der tschetschenischen Hauptstadt Grosny stossen die russischen Truppen weiter auf erbitterten Widerstand der Rebellen. Nach russischen Fernsehberichten blieb auch die Lage in den Gebieten Gudermes, Schali und Argun angespannt.

Dort war es russischen Einheiten nach tagelangen Kämpfen gelungen, Gegenangriffe der Rebellen zurückgeschlagen. Im Hinterland wurden die russischen Truppen von kleinen mobilen Rebellen-Einheiten angegriffen. Die russische Luftwaffe bombardierte Grosny und südliche Gebiete Tschetscheniens.

Mit kleinen Einheiten hätten die Tschetschenen wiederholt russische Konvois angegriffen, hiess es aus dem Truppen-Kommando. Die Rebellen versuchten weiterhin, durch Überraschungsangriffe die Russen zum Abzug von Truppen aus Grosny in andere Gebiete zu zwingen, um den Belagerungsring um die Hauptstadt zu durchbrechen. Nach russischer Darstellung pla-



Die erbitterten Kämpfe um die tschetschenische Hauptstadt Grosny nehmen kein Ende. (Bild: Keystone)

nen die Rebellen, aus Grosny auf Lastwagen in Richtung Gudermes auszubrechen. Zudem bereiteten sie sich aktiv auf die Verteidigung schwer zugänglicher Bergdörfer im Süden Tschetscheniens vor. Im vergangenen Krieg 1994 bis 1996 waren

die russischen Truppen vor allem in den Bergen militärisch gescheitert.

Bei den andauernden schweren Kämpfen um die tschetschenische Hauptstadt Grosny haben russische Truppen offenbar hohe Verluste erlitten.

Diskussionen über Schäuble-Nachfolger

BERLIN: Der Chef der deutschen Christdemokraten (CDU), Wolfgang Schäuble, stand wegen einer 1994 erhaltenen illegalen Parteispende am Donnerstag weiter unter massiven Druck. Bereits hat eine Diskussion über einen möglichen Nachfolger eingesetzt. Schäuble hat allerdings versichert, beim nächsten Parteitag im April wieder für das Amt des Vorsitzenden zu kandidieren. Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf wollte sich zu Spekulationen nicht äussern, er könne das Spitzenamt übernehmen. Sachsen-CDU-Generalsekretär Frank Kupfer hatte den fast 70-Jährigen als Krisenmanager für die Partei ins Gespräch gebracht. Biedenkopf hatte sich zwischen 1973 und 1977 als CDU-Generalsekretär den Ruf eines Reformers und Querdenkers erworben. Es kam in jener Zeit zu Kontroversen mit dem damaligen CDU-Parteichef Helmut Kohl, der jetzt im Mittelpunkt der Spendenaffäre steht.